



Protestierende Pädagogen in München

BILDUNG

Klassenziel verfehlt

Bayern übernimmt Referendare trotz bester Noten nicht in den Schuldienst. Auch in anderen Bundesländern schwinden die Chancen für angehende Lehrer.

Anna Jeannotte hat zielstrebig auf ihren Wunschberuf hingearbeitet: in fünf Jahren das Studium durchgezogen, mit den Fächern Englisch und Schulpsychologie sowie Ethik, einem sogenannten Mangelfach; den Vorbereitungsdienst mit Bestnote abgeschlossen, einer glatten Eins im Staatsexamen.

Eine Stelle kann das Bundesland Bayern seiner Spitzenkraft indes nicht anbieten. Wenn diesen Monat ihr Referendariat an einem Münchner Gymnasium endet, steht Anna Jeannotte vor der Arbeitslosigkeit. „Das ist schon ein Schlag ins Gesicht“, sagt die 29-Jährige. „Aber ich bin ja nicht die Einzige, der es so ergeht.“

Nicht einmal ein Viertel der rund 800 Gymnasialreferendare wird zum Halbjahr als Lehrer unterkommen. Den übrigen wird signalisiert, dass sie das Klassenziel vorerst verfehlt hätten.

Das Kultusministerium verweist auf die „hohe Zahl“ der Referendare und die „unterschiedliche Einstellungssituation“ je nach Fach. Mathematik, Physik, Kunst und Musik lohnten sich noch. Zudem gebe es eine „jährlich aktualisierte Lehrerbearbeitungsprognose“ – selbst schuld, wer sich nicht daran orientiert.

Seit die Quote vor einigen Tagen bekannt wurde und das Kultusministerium zusätzlich Stellenabbau angekündigt hat,

reißt die Aufregung nicht ab. Beim Lehrernachwuchs herrsche „Ärger, Wut, Verbitterung und Verzweiflung“, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Philologenverbandes Max Schmidt. Hunderte Referendare demonstrierten im Januar auf dem Münchner Marienplatz und zertraten dort aus Protest farbige Kreide. Vorige Woche machten angehende Realschullehrer in einem Rundbrief an die Elternbeiräte auf die „untragbaren Zustände“ im Freistaat aufmerksam: „Es rücken zu wenige junge Lehrer nach, und das Durchschnittsalter der Kollegien nimmt immer weiter zu.“

Der Konflikt zwischen dem Staat und seinen Dienern in spe droht sich in den kommenden Jahren zu verschärfen, in Bayern und auch in anderen Bundesländern. Die Argumente prallen hart aufeinander: hier die sinkenden Schülerzahlen, dort der Wunsch, dass die Politiker nicht nur beteuern, wie wichtig ihnen die Bildung ist, sondern auch dafür zahlen.

Die Bedarfsprognose der Kultusministerkonferenz macht Referendaren wenig Hoffnung. Im Durchschnitt übersteigt das Angebot mittlerweile die Nachfrage, bis 2025 wird die Kluft breiter werden (siehe Grafik). Besonders für das Gymnasium gehen die Kultusminister künftig „von einem deutlichen Bewerberüberhang“ aus. Wer als Pädagoge gefragt sein will, muss auf Sonder- oder Berufsschulen ausweichen oder nach Ostdeutschland übersiedeln, wo viele ältere Lehrer bald in den Ruhestand gehen.

Im Osten und in der Bundeshauptstadt Berlin aber sind die Gehälter

niedriger, und die Länder dort verbeamteten seltener. Folglich sammelt sich der Überhang in der vermeintlich besten aller Welten, am westdeutschen Gymnasium.

Vermutlich würden aber nur wenig Gymnasialreferendare an andere Schulformen wechseln, sagt der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm: „Das Gymnasiallehramt hat die beste Bezahlung, das höchste Prestige und die geringste Lehrverpflichtung. Dieser falsche Anreiz lockt die Interessenten dahin, wo niedriger Bedarf ist.“ Schlechter bezahlt vor einer im Umgang schwierigeren Berufs- oder Hauptschulklasse zu stehen – das wollten sich zu wenige Pädagogen antun.

Zu viele Referendare für die beliebten Schulformen gibt es freilich auch außerhalb Bayerns: Im Regierungsbezirk Düsseldorf kommen 500 Anwärter fürs Gymnasium oder die Gesamtschule auf 80 offene Stellen. In ganz Nordrhein-Westfalen werden nicht mehr als 300 neue Lehrer für diese Schulformen gesucht. In vielen Bundesländern stellten die Ministerien zuletzt für den doppelten Abiturjahrgang verstärkt ein; der hat inzwischen die Schulen durchlaufen, neue Lehrer werden erst mal nicht benötigt.

Bildungsforscher Klemm argumentiert, dass die Zahl der Lehrer trotz rückläufiger Schülerzahlen gleich bleiben müsse. Nur so seien pädagogische Mammutaufgaben wie die Inklusion behinderter Schüler in die Regelschulen oder die Ganztagsbetreuung zu schultern. Nehme man diese Reformen ernst, so rechnet Klemm in einer Studie vor, müsse die Zahl der Stellen sogar noch steigen, allein in Nordrhein-Westfalen würde das 4300 Lehrer zusätzlich bis 2020 bedeuten.

Auch die Referendare fordern, dass die Schulen besser finanziert werden. Ihnen sei das große Ganze wichtig, nicht nur die eigene Karriere, betonen sie. „Da will

Bayern immer Spitze sein, doch für die, die den guten Unterricht machen sollen, ist kein Geld da“, sagt eine Junglehrerin, die trotz eines Notendurchschnitts von 1,1 auf die Warteliste muss. An ihrem Münchner Gymnasium saßen bis zu 34 Kinder in einer Klasse.

Ein Kollege mit Durchschnitt 1,2 kritisiert es als „planlos“ vom Staat, dass er eine Stelle an einer Förderschule für geistig Behinderte anzutreten hat – als ausgebildeter Gymnasiallehrer für Geschichte und Ethik. Ihn reizte die Aufgabe, versichert er, jedoch: „Für Förderschüler bin ich doch gar nicht qualifiziert.“ **JAN FRIEDMANN**

Reichlich Pädagogen

Schätzung für alle Lehrämter 2012 bis 2020

Quelle: Kultusministerkonferenz, 2013

